

šKein Weihnachtsfriedeñ an der Streikfront / šLieber ein paar schwierige Wochen als Jahre mit einer Elendspensionñ

Sollte Präsident Macron seine Rentenreform nicht zurückziehen, werden die Dauerstreiks auch über die Feiertage anhalten: šLieber ein paar schwierige Wochen als Jahre mit einer Elends-Pensionñ, erklären Bahn-Gewerkschaftler, denen Pendler ihr tägliches Leid wegen des Ausfalls der S-Bahn und Metro klagen. Erstmals haben auch Angehörige der CRS-Sonderpolizei-Einheiten den Einsatz verweigert. Am Donnerstag wurden auch Häfen von Dockern blockiert. E-Werker sorgten für Stromausfälle in einem Dutzend Städten. Alle Gewerkschaftsbünde rüsten für einen Mega-Aufmarsch am nächsten Dienstag. Unterdessen versucht die Regierung die gemäßigten Gewerkschaftsbünde wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

AUS PARIS, DANNY LEDER

Für hunderttausende Pendler, allen voran im Pariser Großraum, haben die Qualen kein Ende. Der schon seit acht Tagen dauernde Bahn- und Metrostreik, der für endlose Verkehrstaus auf den Pariser Zufahrtsstraßen und immer gefährlichere Massen-Gedränge auf Bahnsteigen sorgt, dürfte über die Feiertage anhalten.

šWenn die Regierung nicht zur Vernunft kommt und ihre Rentenreform nicht zurückzieht, gibt es keinen Weihnachtsfriedenñ, versicherte Laurent Brun, Boss der Eisenbahner des linken Gewerkschaftsbunds CGT. Begründung: šLieber ein paar schwierige Wochen als Jahre mit einer Elendspensionñ. Laurent Brun ist sich seiner Sache sicher, weil jetzt auch die gemäßigeren Gewerkschaftsverbände (in Frankreich gibt es ein halbes Dutzend rivalisierender Gewerkschaftsbünde) mitstreiken und für Mega-Aufmärsche nächsten Dienstag rüsten.

Dabei hatte Premier Edouard Philippe am Mittwoch in einer Ansprache Zugeständnisse an die Reform-Kritiker aus den Reihen der moderateren Gewerkschaftsbünde gemacht. Diese fühlten sich trotzdem übergangen. Die eher moderate CFDT, die unter den Arbeitnehmern in der französischen Privatwirtschaft dominiert, reagierte besonders erbost auf die Ankündigung des Regierungschefs, das Rentenalter für eine Vollpension von derzeit 62 Jahren schrittweise auf 64 Jahre bis 2027 anzuheben.

Neben den Dauerstreiks bei Eisenbahn, städtischen Verkehrsmitteln und an Schulen kündigen sich weitere Ausstände an: etwa bei den (unselbständigen) Fernfahrern und bei den Medizinpraktikanten, die durch ihre Arbeit etliche öffentliche Spitäler vor dem Zusammenbruch bewahren.

Am Donnerstag verhinderten Docker, stellenweise mit brennenden Barrikaden und umgestürzten Autos, in Marseille, Le Havre und weiteren Häfen den gesamten Waren- und

Passagierverkehr. In acht Raffinerien haben Streikende die Treibstoff-Auslieferung gestoppt. In den E-Werken wurde die Produktion hinuntergefahren, in einem Dutzend Städten kam es zu Stromausfällen.

Besonders bedrohlich für die Staatsführung ist die Unmutsbewegung unter Polizisten, die ebenfalls den Verlust ihrer Pensionsvorteile befürchten. Bereits 1000 der insgesamt 13.000 CRS (Sondertruppen der Polizei), die gewalttätige Demonstranten in Schach halten sollen, haben sich aus Protest krank gemeldet. In der nordfranzösischen Stadt Dunkerque haben 80 von insgesamt 87 Angehörigen einer CRS-Kompanie ihren Operationsantritt verweigert.

Die jüngsten Bemühungen der Regierung, die Rentenreform präziser und offensiver zu präsentieren, blieben aber nicht völlig wirkungslos. Laut Umfrage unterstützten zwar noch Immer 59 Prozent der Befragten die Streiks, vor drei Tagen waren es aber 68 Prozent gewesen. Die Zustimmung für Präsident Emmanuel Macron stieg von 25 auf 34 Prozent. Das würde bedeuten, dass vor allem die bürgerlichen Kernwähler den Kurs von Macron honorieren.

Insgesamt aber bleibt der liberale Staatschef in einer deutlichen Schwächeposition bei dieser entscheidenden Kraftprobe mit den Gewerkschaften. Um doch noch einen Ausweg vor den Feiertagen zu verhindern bemüht sich die Regierung um eine Wiederaufnahme der Kontakte vor allem mit den gemäßigeren Gewerkschaftsverbänden. Am Donnerstag signalisierten Regierungskreise, dass sie in der Frage der Anhebung des Antrittsalters für eine Vollpension nun doch zu weiteren Verhandlungen bereit seien.